

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Nadine Mai (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 137 bis 139 einfügen:

eine ausgewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden. Um diese aufzulösen, sollen ein Recht auf Homeoffice sowie ein neues Arbeitszeitmodell "Familienvollzeit" mit 30 Wochenstunden für Eltern mit Kindern bis 14 Jahre oder Pflegeverbindlichkeiten eingeführt werden. Ein Anspruch auf diese Familienvollzeit soll für beide Elternteile bestehen und durch einen finanziellen / steuerlichen Ausgleich ergänzt werden.

Begründung

Diese Teilzeitfallen zu vermeiden, schaffen wir nur, wenn wir respektieren, dass Menschen mit Kindern oder Pflegebedürftigen im Haushalt den Arbeitnehmer:innen ohne diese Verpflichtungen nicht gleichgesetzt werden können. Das Recht auf Homeoffice ist ein wichtiger erster Schritt, natürlich nicht nur für Familien und Pflegende, aber hier muss es schnell greifen. Doch es ist auch klar: Homeoffice schützt nicht vor der Teilzeitfalle. Es braucht Zeit für Care-Aufgaben und endlich ein Modell, dass dies anerkennt und die Fallen des Vollzeit-Teilzeit-Modells konsequent aushebelt. Die Arbeitszeit ist ein Schlüssel, um vor allem Frauen in ihren Chancen auf Karriere, Familie und finanzielle Unabhängigkeit zu stärken. Zu viele Frauen arbeiten in Teilzeit und baden die Defizite im beruflichen Fortkommen und im Portemonnaie aus: Jetzt und im Alter. Umgekehrt müssen Frauen in Vollzeit noch immer Rechtfertigungen abgeben und führen den inneren Kampf zwischen Care, Kindern und Beruf oft allein innerhalb der patriarchalischen Strukturen. Sowohl Voll- als auch Teilzeit sind für die Mehrheit der Eltern und besonders der Frauen Fallen. Das Ziel einer modernen Politik muss es sein, die Fallen wegzuräumen und nicht, sie etwas mehr zu verstecken. Solange alles außer die 40 St.-Woche als "Teilzeit" behandelt wird und nur die 40 St./39 St. "Vollzeit" als das "Normale und Vollständige" gilt, werden die Fallen existieren. Wir brauchen daher ein neues Modell als Gleichstellungsinstrument, dass dem Anspruch der Frauen und Männer, vollwertig im Beruf und in der Familie zu wirken, gerecht wird, und das Vollzeit/Teilzeit-Modell überwindet. Dies kann das vorgeschlagene 30 St.-Modell sein. Als erste Stufe wäre dies für Familien mit Kindern und Pflegende rechtssicher einzuführen. Im weiteren Diskurs sollte das Modell aber auch für weitere Aspekte gelten, wie ehrenamtliche Tätigkeiten, kreative Tätigkeiten usw. denn die Gesellschaft profitiert davon in hohem Maße.

weitere Antragsteller*innen

Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Monika Neht (KV Kiel); Ruth Kastner (KV Stormarn); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Nour AlAli (KV Schleswig-Flensburg); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Andrea Herz (KV Pinneberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Mathis Reuß-Hennschen (KV Pinneberg); Anna Mazen (KV

Pinneberg); Christine Herde-Hitziger (KV Pinneberg); Alexandra Nürnberger (KV München); Angelika Ophagen (KV Magdeburg); Marina Quoirin-Nebel (KV Pinneberg); Renate Frie (KV Pinneberg); Sonja Kindlein (KV Pinneberg); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Daniela Hartmann (KV Pinneberg)